

die auf jenem Wege laßt, nur langsam begeben werden können. Ein Normalschreiten auf der ganzen Linie wird nur möglich sein, wenn jeder einzelne seine Kraft in den Dienst des Vaterlandes stellt und wenn das deutsche Volk aus seiner Herrlichkeit sich immer einwärtiger zusammenschließt. Nur dann wird das deutsche Volk durch Mühen und Entbehrungen hindurch sich im Bewußtsein der anderen Völker den Weg zu einem Wiederaufstieg bahnen, der ihm eine friedliche Zukunft sichert und seiner Vergangenheit würdig ist.

Die Rede des Kanzlers wurde andauernd von stürmischen Hurren der Kommunisten unterbrochen. Der Kanzler schloß unter dem lebhaften Beifall der Regierungsparteien.

Darauf vertagt das Haus die Besprechung der Regierungserklärung auf Dienstag, 19 Uhr mittags. — Schluß 7 Uhr.

Berlin, 19. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern beschlossen, an das neue Reichskabinett eine Reihe von Anfragen zu richten, die sich namentlich darauf beziehen, wie sich die Regierung Luther zum Problem der Ernährungspolitik, dem Schutze der Republik und den Eintritten Deutschlands in den Völkerbund stellt. Mutmaßlich wird davon abhängig sein, ob Sozialdemokraten und Kommunisten eine gemeinsame Kampffront (?) gegen das Kabinett bilden werden. In den Werkstätten machte gestern abend Protest die ersten Andeutungen von einem taktischen Zusammengehen (?) mit den Kommunisten.

Druckstimmen zur Regierungsbildung.

Berlin, 20. Jan. Die gestern im Reichstag vom Reichskanzler Dr. Luther abgegebene Regierungserklärung findet mit Ausnahme der „Roten Fahne“ in keinem Blatt ausgesprochene Ablehnung. Das kommunistische Parteiblatt betont auch, daß die kommunistische Partei als einzige Partei Opposition gegen die Regierungserklärung gemacht habe. Einzelne Punkte der Regierungserklärung finden allerdings in den Blättern je nach der Parteirichtung eine gewisse Kritik, insbesondere hinsichtlich dessen, was in der Regierungserklärung nicht gesagt worden ist. Im ganzen genommen nimmt die Presse aber eine abwartende Haltung ein und macht ihre Beurteilung der neuen Regierung von den neuen Taten abhängig. — Die deutschnationalen Blätter knüpfen an die neue Reichsregierung, in der zum erstenmal seit der Revolution deutschnationale Vertreter sitzen, entsprechende Hoffnungen. — Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem ersten Schritt auf einem neuen Wege. Es handele sich jedoch um einen Anfang, der der Entwicklung bedürfe. Die neue Regierung müsse mit ihren Arbeiten da anfangen, wo die alte aufgehört habe, und sie habe zunächst mit dem zu rechnen, was ihre Vorgängerinnen geschafft oder unterlassen hätten, freilich nicht mit Unabänderlichem. — Die „Kreuzzeitung“ unterstreicht die von Dr. Luther erwähnte christliche Grundlage unserer ganzen Kultur und erklärt, wenn es der Reichsregierung ernstlich um die Durchsührung eines nationalen christlichen Programms zu tun sei, dann müsse sie vor allem auf eine Wenderung der politischen Verhältnisse in Preußen dringen. — Der „Völkischer“ spricht von einem neuen Typ von Reichsregierung, deren Zusammensetzung rein äußerlich schon mehr zum Sachlichen — zu Sachministern — an — Die „Welt“ faßt den Hauptgedanken, den die Regierung hinterlasse, in die Worte zusammen: „Inwieweit Luther wird kein parlamentarischer Kampf sein.“ Luther, der auch über die Grenzen des Reiches hinaus die Kräfte aller staatsbeachtenden Parteienarbeit heranziehen will, will dem inneren Frieden. — Die „Germania“ sagt: Alles in allem ist die Wertschätzung, die uns da verkündet wurde, diesen Versprechungen und Verheißungen ehrerbietung und entschlossener Wille ist, bleibt arten. Das Gute, das die Regierung verspricht, das Zentrum ehrlich unterstützen. Für jede Erklärung wird es ein aufmerksames Auge haben. — Die Erklärung des Kanzlers, daß er die volle Verantwortung für die von ihm vorgeschlagenen Richtlinien trage, nennt die „Völkische Zeitung“ ein schönes Zeichen für die Verantwortungsbereitschaft, die Ehrlichkeit und den Optimismus Luthers. Ob es auch ein Zeichen für die Kenntnis der realen Verhältnisse sei, das müsse die Zukunft zeigen. — Auch der „Vorwärts“ will die Taten der neuen Regierung abwarten, wenn ihm auch die Gesichter auf der Ministerbank gelbes Mißtrauen einflößen

Vorläufig keine Räumungsverhandlungen mit Deutschland.

Basel, 17. Januar. Der Londoner Korrespondent der „Basler Nachrichten“ bestätigt, daß weder England noch Frankreich und Belgien irgendwelche Neigung zeigen, in einen Meinungsaustrausch mit Deutschland über die Räumungsverhandlungen einzutreten. Vor Anfang März würden die Alliierten selbst über ihre weiteren Beschlüsse nicht im Klaren sein.

Vier Todesurteile der Kriegsgerichte!

Paris, 17. Januar. Wie aus Lüttich mitgeteilt wird, hat das Kriegsgericht gestern nachmittag den deutschen Oberst Tesmann und der Major Vermann in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Die beiden Offiziere werden beschuldigt, daß sie am Tage der Schlacht von Rossignol 121 Zivilpersonen hätten erschossen lassen.

Das Kriegsgericht in Namur hat den deutschen Major Helne und den Hauptmann Gallent ebenfalls in Abwesenheit zum Tode verurteilt wegen Mordes und sonstiger Kapitalverbrechen. Der deutsche Oberst v. Ompteda wurde wegen Brandstiftung zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er soll am 26. August 1914 in Clavigne vier Häuser in Brand gesteckt haben.

Reggio, 17. Januar. In Verbindung mit dem Morde an dem Deutschen Hingpeter wurden sieben Soldaten von verfolgender Kavallerie gefangen genommen und erschossen. (W.S.)

Bruch des Oberschlesien-Abkommens durch die Polen!

Berlin, 18. Januar. Durch Verfügung der polnischen Regierung sind die zweiten Feiertage an Weihnachten, Ostern und Pfingsten sowie der Karfreitag aufgehoben worden, obwohl Artikel 89 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien bestimmt, daß die vor dem Uebergange der Staatshoheit anerkannten kirchlichen Feiertage nur mit Zustimmung der betreffenden Religionsgesellschaften beseitigt werden können. Von einer Befragung, geschweige denn Zustimmungserklärung der Vertreter der ober-schlesischen evangelischen Kirchen ist bisher nichts verlautbart. Es scheint vielmehr eine neue Vergewaltigung der deutschen Winderheiten und ein Bruch der unter dem Vorhabe des Völkerbundsbelegten Colander abgeschlossenen Oberschlesien-Konvention vorzuliegen.

Das französische Mandat in Kamerun.

Paris, 19. Jan. Der Regierungskommissar in Kamerun Marchand ist gestern in Marseille angekommen und hat den Interlewiern erzählt, „welcher Auffassung die alte deutsche Kolonie unter französischer Verwaltung genommen habe“. Die Bevölkerung von Kamerun ist nach der Erzählung des Herrn Marchand mit der französischen Verwaltung sehr zufrieden; sie ziehe die „gerechte und sanfte Kolonisationsmethode Frankreichs“ vor, militärischen Manier Deutschlands. Diese „Bestellung“ wird niemand überraschen, bemerkt der Interlewi. Wir möchten hinzufügen: ganz besonders, wenn das Dob für die französische Verwaltung aus dem Munde des Mannes kommt, der für diese Verwaltung verantwortlich ist. Marchand gibt weiter an, die Eisenbahnlinien seien ausgebaut, der Hafen von Duala werde in seiner neuen Gestalt einer der schönsten der Westküste werden. Die Ausfuhr sei im letzten Jahre von 23 Millionen auf 41 Millionen gestiegen.

Sechs Millionen Dollar Gold nach Europa.

London, 19. Januar. „Morning Post“ zufolge hat das amerikanische Linienschiff „George Washington“, das gestern in Plymouth einlief, Goldbarren im Werte von sechs Millionen Dollar an Bord. Dieser Betrag, der von den Vereinigten Staaten für die verschiedenen europäischen Länder zur Hebung der Weltfinanzen bestimmt ist, ist seit den Vorkriegstagen der größte, der von einem Schiff nach Europa gebracht wurde. Das Gold wird von London aus weiter verteilt werden. Ein kleiner Teil fließt in London, während ein größerer Betrag für Bombay, Amsterdam und Paris bestimmt ist. Von diesen Orten werden dann weitere Aufteilungen an Rußland und Deutschland, sowie andere europäische Länder erfolgen.

Anschlag auf die britische Flotte!

Geheime Pläne der englischen Admiralität. London, 19. Januar. Die Londoner Polizei hat 6 Männer und eine Frau verhaftet, die beschuldigt werden, geheime Pläne der Admiralität gestohlen oder sich verschafft und den Plan gehabt zu haben, englische Kriegsschiffe in die Luft zu sprengen. Die verhafteten Männer sind Iren, und der Zweck des Komplottes soll gewesen sein, in England antirische Demonstrationen hervorzurufen, die im nationalen Interesse Irlands ausgenutzt werden sollten.

Demokratische Fraktionslösung nach der Reichstagsklärung.

Berlin, 19. Jan. Die demokratische Reichstagsfraktion hielt heute nach Schluß der Vollziehung eine Fraktionslösung ab, in der sie sich mit der Frage des Vertrauensvotums beschäftigte. Es schien eine starke Stimmung für ein Mißtrauensvotum vorzuliegen, falls die kommende Debatte die Lage verschärfen würde. Voraussetzlich wird sich aber die Fraktion bei einem Vertrauensvotum der Abstimmung enthalten.

Zentrum und Aufwertungsfrage.

Berlin, 19. Jan. Die Telegraphen-Union erzählt, daß sich das Zentrum nach einem Vortrag des Sachverständigen der Partei für Aufwertungsfragen am Sonntagabend bereit erklärte, über die 3. Steuernotverordnung hinauszugehen und eine Aufwertung in möglichen Grenzen zuzulassen.

3 Millionen Reichsbannerleute.

München, 19. Jan. In einer am Sonntag vor dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in München gehaltenen Rede erklärte der Oberpräsident der Provinz Sachsen Spring-Magdeburg u. a.: Noch niemals in der Weltgeschichte sei in so verhältnismäßig kurzer Zeit eine solche Massenorganisation entstanden, die größte Organisation der Welt überhaupt. Bei der Feler des einjährigen Bestehens im Februar glaube er verstanden zu können, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold die Mitgliederzahl von 3 Millionen überschritten habe. Die Ruhe und Ordnung bei der Durchführung der letzten Wahlen sei niemand anders als dem Reichsbanner zu verdanken. Die Versammlung, in der der Redner sich auch über den neuen Reichskanzler Dr. Luther und den neuen Innenminister Schiele äußerte, verlief ohne Zwischenfall.

Die lippsischen Landtagswahlen angefochten.

Detmold, 19. Januar. Die lippsischen haben in einem Protest die Landtagswahlen angefochten und Neuwahlen beantragt.

Wegen Beschimpfung der Reichsflaggen verurteilt.

Königsberg, 19. Jan. Das Insterburger Schöffengericht verurteilte den Kaufmann Engelried, der in einem Insterburger Hotel den Ministerpräsidenten Braun einen „ungebildeten Flegel“ genannt und die Reichsflaggen beschimpft hatte, zu zehn Wochen Gefängnis.

Erweiterung des preussischen Kabinetts.

Berlin, 19. Januar. In der Frage der Regierungsumbildung erklärt die Telegraphen-Union, daß in Zentrumskreisen der Gedanke erwogen wird, das jetzige Kabinett aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten durch zwei Minister aus diesen Parteien zu erweitern. Das Zentrum beabsichtigt, für den preussischen Finanzministerposten Herrn Schmetting vorzuschlagen.

Für die freien Berufe.

Wie wir erfahren, wird das sächsische Finanzministerium in Berlin beantragen, daß den freien Berufen künftig die gleichen Steuerermäßigungen zuteil werden, wie lohnsteuerpflichtigen Personen, Gewerbetreibenden usw. Bei der Einkommensteuervergütung im laufenden Monat hat man bekanntlich ausgerechnet die freien Berufe, die wahrscheinlich nicht auf Rosen gebettet sind, von den bekannten Steuerermäßigungen ausgenommen!

Aus Stadt und Land.

Kus, 20. Januar 1926.

Ausdehnung des Sonntagsausflüßer-Verkehrs und Vermehrung der Gesellschaftszüge. Die Reichsbahn sucht den Verkehr nach allen Richtungen hin zu beleben. Sie trägt sich daher mit der Absicht, den Sonntagsausflüßerverkehr nach Kräften zu fördern und zu verbilligen. Gleichzeitig sind auch Richtlinien ergangen, die Veranstaltung von Gesellschaftsfahrten zu erleichtern. Für die Gesellschaftszüge werden Wagen beliebiger Klasse gestellt. Die Fahrkarten gelten für Hin und Rückreise und werden mit 33 1/2 Prozent Rabatt in ganzen Wägen den Veranstaltern der Fahrt ausbezahlt. Die Mindestteilnehmerzahl soll sich belaufen auf 300 in der zweiten oder 400 in der dritten oder 600 in der vierten Klasse; der Zug kann aber auch im selben Verhältnis aus verschiedenen Wagenklassen zusammengestellt werden, das heißt, daß der Kilometer etwa 12 Markt Mindestteilnehmer bringt. Die Anforderung der Gesellschaftsfahrten geschieht bei der Direktion der Ausgangsstation; Vereine und andere Organisationen, die mit gemeinsamem Ausgangspunkt und Endziel, auch gemeinsamer Rückfahrt, eine Reise antreten, ebenso Reisebüros, werden die Vorteile solcher Gesellschaftsfahrten auszunutzen. Von ganz anderer Art sind jetzt in Aufnahme gekommen Verwaltungsbesonderheiten auf längere Strecken. Damit soll insbesondere dem Sport und dem Luftflugverkehr nach weiter entfernten Zielen gebietet werden, wobei die Verpflogtheit des früheren Wochenendes auch Gelegenheit gibt, etwa schon am Sonnabend nach, die Reise anzutreten. Man denkt ferner an Extrazüge zu sportlichen Wettkämpfen, selbst auf große Distanzen. Am allgemeinen sollen solche schnell geführten Sportbesonderheiten der Förderung möglicher Billigkeit entsprechend mit der 4. Wagenklasse gefahren werden, wobei auch auf den Fahrpreis der 4. Klasse noch ein Rabatt von 33 1/2 Prozent gemährt wird.

Christlicher Familienabend. Im Anschluß an die Rattafundene Reichsvergleichswoche veranstaltet die christliche Elternvereinsung des Quartales am Mittwochabend im Bürgergarten einen Familienabend, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des Herrn Neumann vom Landesverband der christlichen Elternvereine über das Thema: „Vom Geist in der Erziehung“ stehen wird. Für den übrigen Teil des Abends ist ein reichhaltiges Unterhaltungsprogramm aufgestellt worden, aus dem wir die beliebtesten Bilder aus dem Christspiel, ergötzliche Anekdoten, Possen- und andere Musikvorträge hervorheben. Jedenfalls verspricht der Familienabend viel Anregung und gute Unterhaltung und ist deshalb ein Besuch des selben nur wärmstens zu empfehlen.

Einen Selbstmordversuch unternahm vergangene Nacht ein in der Bodener Gasse wohnhafter Mann, indem er sich in die Stube einschloß und die Gasflamme öffnete. Wegen 3 Uhr hörte die Ehefrau ein verdächtiges Röcheln und mit Hilfe von Nachbarwohnern und der herbeigerufenen Ordnungspolizei wurde die Tür geöffnet und der Mann auf dem Sofa liegend noch lebend angetroffen. Die Ursache zu der Tat ist in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen.

Zur Anzeige gelangte ein hiesiger Bäckermeister wegen Uebertretung der Vorschriften über die Sonntagsruhe.

Die ersten Stare. Aus verschiedenen Orten Sachsens wird gemeldet, daß sich die ersten gefiederten Frühlingboten, die Stare, bereits eingefunden haben. So wird ihr Eintreffen aus Reichenbach bei Hohenstein-Ernstthal und aus Dittersdorf gemeldet.

Film-Schwindel. Aus Dresden meldet man folgende Warnung: Unter der Bezeichnung „Gewerbestim Magdeburg“, Inhaber Henry Beyer, haben in den letzten Wochen drei Personen in vielen Städten Deutschlands gewerbliche Gebäude gequält. Die Aufnahmen sollten dann innerhalb einer bestimmten Frist in Filmpflichthäusern gezeigt werden. Als Entgelt hatten die Besitzer der gewerblichen Gebäude Vorwürfe in verschiedener Höhe zu zahlen. Das ganze Unternehmen hat sich als Schwindel erwiesen. Ritgen sind bisher die übernommenen Verpflichtungen eingehalten worden. Henry Beyer hat erklärt, daß er mit der Angelegenheit nichts mehr zu tun habe, sondern der Schwindel von seinen bischepien, seit längerer Zeit gekündigten Angestellten Karl Demter, Paul Schlüter und Bruno Kumpel betrieben wurde.

Wollstrauzum am 1. März. Es ist geplant, am Sonntag, den 1. März zum ersten Male einheitlich im ganzen Reich einen Gedenktag zu Ehren der Gefallenen des Weltkrieges zu begehen, für den die seit langem erstrebte Grundlage bisher nicht geschaffen werden konnte. Die Vorbereitung der Feier liegt in den Händen eines Ausschusses, dessen Vorsitz der Präsident des Reichsbundes Deutsche Kriegergattnerfürsorge e. V. führt, und in dem die Spitzen der kirchlichen Behörden der drei großen Bekenntnisse und eine Anzahl großer kultureller und wirtschaftlicher Verbände vertreten sind.

Falsche Rentenmarkscheine. Nach einer Mitteilung der Deutschen Rentenbank sind erhebliche Mengen falscher Rentenmarkscheine zu 5 Mark im Umlauf. Die Merkmale der Fälschungen sind folgende: Die Fälschungen sind im Steinruck ausgeführt und in der Breite 2 Millimeter schmaler als die echten Scheine. Anstelle des Stoffauflaufes ist das Papier am rechten Schaurande nur leicht gelöst gezeichnet. Der Faserstreifen ist bei einigen Scheinen durch aufgeklebte Fasern unvollkommen nachgebildet, bei anderen fehlen die Fasern gänzlich. Ebenso ist das Wasserzeichen mangelhaft nachgeahmt. Die Beschriftung ist besonders in den kleineren Schriftgraden unklar und verbleicht. Der Untergrund der Rückseite wirkt, von den mattblau gehaltenen Rändern abgesehen, meist zu einfarbig, weiß die zweite Fälschungsart (grün-rot-grün-grün) besonders in der großen Mittelrosette nur mangelhaft wiedergegeben ist. Als besonderes Fälschungsmerkmal ist das beim Straßfuß in der ersten Zeile hinter dem Worte „Rentenmarkscheine“ befindliche überflüssige Teilungszeichen (:) zu erwähnen.

Evangelische Landeskonferenz. Anlässlich der diesjährigen landwirtschaftlichen Woche in Berlin, Mitte Februar, veranstaltet der Zentralausschuß für N. W., die Evangelische Frauenvereine und der Evangelische Verband für die weibliche